



- NEWSLETTER 1/2012 -

- Besoldung -

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 14.02.2012 entschieden, dass die Besoldung der Professoren in Hessen (Besoldungsgruppe W2) gegen das Alimentationsprinzip verstößt und daher verfassungswidrig ist (Pressemitteilung Nr. 8/2012). Die Entscheidung zur Verfassungsgemäßheit der Richterbesoldung im Land Nordrhein-Westfalen steht noch aus. Der geschäftsführende Vorstand wird - auch vor der Frage der Übertragbarkeit der Entscheidungen auf die R-Besoldung in Baden-Württemberg - ein Schreiben an den Ministerpräsidenten verfassen und ein Gespräch im Finanzministerium wahrnehmen.

Der DRB bereitet derzeit eine bundesweite Image-Kampagne vor, die das Thema Besoldung mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken soll. Auf der Homepage des DRB (vgl. auch: www.richterbesoldung.de) werden dafür zudem die bei Gerichten in Deutschland anhängigen Versorgungsverfahren aufgelistet.

- Sicherheit -

Die Berichte der Mitglieder zu Bedrohungssituationen, Übergriffen und den Reaktionen der Behördenleitungen wurden auf der Sitzung des Gesamtvorstands am 02.03.2012 in Freiburg erörtert. Der Gesamtvorstand hat beschlossen, die Einführung von Sicherheitsschleusen flächendeckend auch in Baden-Württemberg zu fordern.

- Ethik -

Der Entwurf des Thesenpapiers des DRB zur richterlichen und staatsanwaltlichen Berufsethik ist vorbereitet. Über den Entwurf soll im Bundesvorstand abgestimmt werden, sodann soll das Papier als Diskussionsgrundlage in den Mitgliedsverbänden erörtert werden. Die Abstimmung über die Verabschiedung des Papiers ist für die Bundesvertreterversammlung im Frühjahr 2013 angedacht.

- Abordnungspraxis/Mitwirkungsrechte -

Am 16.02.2011 hat der geschäftsführende Vorstand an der Vorstellung des Diskussionsentwurfs des Justizministeriums zur Änderung des Landesrichtergesetzes teilgenommen, mit dem insbesondere die Mitbestimmungsrechte bei Erprobungsabordnungen und Beförderungen gestärkt werden sollen. Der Diskussionsentwurf wurde auf der Gesamtvorstandssitzung in Freiburg erörtert. Der geschäftsführende Vorstand wird eine Stellungnahme zu dem Entwurf abgeben und ermuntert alle Mitglieder, die angebotene Beteiligungsmöglichkeit wahrzunehmen.

- Gespräche mit Fraktionen -

Der geschäftsführende Vorstand hat am 22.02.2012 einen Gesprächstermin mit dem Arbeitskreis Recht der GRÜNEN wahrgenommen. Es wurden Fragen der Besoldung, Sicherheit, Stufenvertretung und der Änderung des Landesrichtergesetzes erörtert.

Erledigte Termine im letzten Quartal

07.12.2011	Gespräch mit dem Arbeitskreis Recht der SPD
09.01.2012	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands
20./21.01.2012	Arbeitsgruppe Ethik in Berlin (Mosthaf)
27.01.2012	Arbeitsgruppe E-Justice in Berlin (Grewe)
16.02.2012	Vorstellung LRiG-ÄndG in Stuttgart (Grewe)
22.02.2012	Gespräch mit dem Arbeitskreis Recht der GRÜNEN
02.03.2012	Sitzung des Gesamtvorstands in Freiburg

Künftige Termine

23.03.2012	Mitgliederversammlung DAAV in Herrenberg (Schacht)
30.03.2012	Bundesvorstandssitzung in Kassel (Grewe)
02.04.2012	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands
04./05.05.2012	Arbeitsgruppe E-Justice in Berlin (Grewe)
25.05.2012	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands
22.06.2012	1. Anwaltstag in Mannheim (Kühl)
29.06.2012	Mitgliederversammlung in Heilbronn